

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenblatt der Stadt Geisenheim.

Verusprecher Nr. 123

Verusprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 1. A 80 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1. A 50 &.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Petitzeile oder deren Raum für Geisenheim 10 &;
auswärtiger Preis 15 &. — Reklamenspreis 30 &.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 11

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 29. Januar 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier 28. Januar (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Beclaire wurden bei einem Erkundungs-
vorstoß 17 Engländer, darunter ein Offizier, gefangen.
Die Artillerietätigkeit war fast an der ganzen Front
gering, lebhafter an einzelnen Stellen in der Champagne
und im Maasgebiet.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Siebengebirge dauern seit
gestern nachmittags die Artilleriekämpfe an, die sich bei
Tagesanbruch im Gebiete des Col di Rosso zu größter
Heftigkeit steigerten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Nun hat Wilson das Wort.

Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf
Czernin, hat im weiteren Verlaufe der Ausschußbe-
ratungen sich mit der Wirkung seiner Rede auf den
amerikanischen Präsidenten geäußert:

Sichtlich seiner Antwort an Wilson erklärte
der Minister, er habe diese Rede nicht nur gehalten,
damit sie der Ausschuß höre, sondern auch Wilson.
Wilson hatte hieron bereits zur selben Stunde
Kenntnis, wo der Minister im Ausschuß sprach.
(Weißall.)

Schießerei in Moskau.

Reuter berichtet, am Dienstag sei es in Moskau
zum Blutvergießen gekommen. Bolschewiki hätten einen
großen Straßenzug abgehalten, bei denen Maschi-
nengewehre und Panzerautos mitgeführt worden seien.
Auch Kavallerie und rote Garde seien dabei gewesen.
Auf dem Theaterplatz, wo gegen 1000 Zuschauer ver-
ammelt gewesen seien, habe dann irgend wer, viel-
leicht ein Spitzel, Revolvergeschosse abgegeben, worauf
dann eine furchtbare Panik entstand und Maschinen-
gewehre und Soldaten draußlos geseuert hätten. Das
Ergebnis sei dann gewesen: 30 bis 40 Tote und 200
Verwundete, darunter viele Frauen und Kinder. Der
Moskauer Sowjet behauptet, es sei auf den Zug
aus den Fenstern dreier Gasthäuser geschossen wor-
den, worauf dann Maschinengewehre und Panzerautos
die Gasthäuser unter Feuer nahmen.

Man darf nicht vergessen, daß Reuter im Sinne
der englischen Regierung bestrebt ist, die Bolschewiki
in den Augen des Auslandes herabzusetzen. Er wird
dabei mit dieser Darstellung sehr übertreiben.

Zweifelhafter Trost.

Die von Clemenceau befohlene Einberufung der
Jahresklasse 19 hat in Frankreich offenbar einen nie-
dergeschlagenen Eindruck gemacht. Gustave Herbe muß
in der „Victoire“ vom 29. Dezember 1917 zu sehr be-
denklichen Worten auf die Zukunft seine Zuflucht
nehmen, um diese Maßnahme seinen Lesern einiger-
maßen schmackhaft zu machen. Er schließt eine Be-
trachtung über „La classe 19“ mit folgenden Worten:
„Aber die Mütter dieser Helden haben wenigstens
einen Trost und unverhofftes Glück inmitten ihrer
sonstigen Trauer. Die Jahresklasse 19, die jetzt re-
gistriert und gemustert werden soll, wird erst in einem
Zeitraum von 10 Monaten reif sein, ins Feuer
geschickt zu werden. Innerhalb dieser 10 Monate
wird Deutschland, das bereits seit mehreren Mona-
ten seine Jahresklasse 20 in die Kasernen gerufen hat,
bereits um Gnade gebeten haben. Ihr glücklichen
Mütter der Jahresklasse 19, deren Söhne, wenn wir
die nächste deutsche Woge zerschmettern haben, für den
ganzen übrigen Feldzug nichts anderes zu tun haben,
werden, als die Garnison in Metz und Straßburg zu
bleiben!“

Herbe, dieser alberne Schwärmer und unglückliche
Propheet, der bei jeder Jahreswende seit 1915 mit
unwiderleglicher Sicherheit den französischen Triumph
für das kommende Jahr — sei es 1915, 1916, 1917
oder 1918 — verkündet hat, hat noch immer nichts
gelernt. Der jetzt einberufene Sabraana 1919 wird
ebenfalls, wo die früheren Jahre, die Blüt-
zeit Frankreichs, ihr Ende gefunden haben: im Blut
und Schlamme des westlichen Kriegsschauplatzes als
Opfer des englischen Imperialismus und der unse-
gneten „Gloire“-Verblendung der Poincaré, Herbe und
Genossen.

Fabelhafte Kriegsgewinne.

Im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres
erzielte nach dem „Aktienabendsblatt“ die Vismar-
hütte A.G. einen Betriebsüberschuß in Höhe von
45 Millionen Mark bei nur 22 Millionen Aktienkapital.
Die Gewinnausschüttung für das 2. Halbjahr sind
zum mindesten nicht weniger günstig.

Wohlgemerkt: Das Doppelte des Aktienkapitals
in einem halben Jahr!

Im Lande des Getreiderichts.

Um die nötigen Ausfuhrerzeugnisse an Mehl für die

Verordnungsmacht zu erreichen, erwägt das amerikanische
Lebensmittelamt den Plan, den Mehlverbrauch im
Land auf 75 Prozent des bisherigen Verbrauchs ein-
zuschränken und diese Maßnahme durchzuführen auf
allen Abschnitten des Weges von der Mühle bis zum
Verbrauch.

Der englische Arbeiterkongress und die Zukunft.

Wie Reuter aus Nottingham meldet, wurde der
englische Arbeiterkongress beendet. Es wurde einstim-
mig eine Entschließung angenommen, die die Be-
seitigung der Militärdienstverordnung mit Kriegsgefahr
verlangt und für eine Pfandabgabe zur Bezahlung der
Kriegsausgaben eintritt. Ferner wurde beschlossen, die
Regierung im Hinblick auf die drohende Gefahr einer
Welt Hungersnot dringend aufzufordern, die jetzige Art
der Lebensmittelverteilung fortzusetzen und gegen den
unrechtmäßigen Gewinn einzuschreiten.

Die „Nationalisierung“ in England.

Die neue Verordnung des Nahrungsmittelkontroll-
lehrs in England über die beiden fleischlosen Tage
für Hotels, Restaurants, Klubs, Pensionen setzt vom
2. Februar an die Fleisch- und Zudermengen für
sie herab, das Fleisch von bisher 340 Gramm auf
170, einschließlich Geflügel und Wildbret. Vor 10 Uhr
morgens sind Fleischgerichte verboten. Ganz neu ist
die Fettanteile von täglich 42 Gramm, davon die
Hälfte Butter. Ueberraschend ist die Erhöhung der
täglichen Brotmenge von 226 auf 269 Gramm.
von granulierten Nahrungsmitteln.

Aus Ringkøbing an der dänischen Westküste wird
gemeldet: „Ein Schiffsboot mit 17 deutschen Marine-
soldaten ist in Dänwig an der Westküste Jütlands
angekommen. Einer der Insassen ist tot. Das Boot
kammt von einem deutschen Kriegsschiff. Die Boots-
insassen sind sehr erschöpft. Sie haben vier Tage
im offenen Boot zugebracht. Aus Ringkøbing wurde
ihnen ärztliche Hilfe gesandt. Die Leute wurden zum
Strandboot geschafft und hier mit trockenen Kleidern
versorgt. Einer der Schiffbrüchigen ist indessen ge-
storben. Unter ihnen war ein deutscher Marineoffi-
zier. Es steht fest, daß die Leute zu einem deutschen
Torpedojäger gehörten, der torpediert worden oder auf
eine Mine gestochen ist. Einzelheiten fehlen noch.“

Wie wir an zuverlässiger Stelle erfahren, handelt
es sich um die beiden Minensuchboote A 73 und A 77,
die auf Minen gelassen und gesunken sind. In-
folge unglücklichen und schlechten Wetters gelang es an-
deren in der Nähe befindlichen Fahrzeugen leider nur
einen Teil der Besatzungen der gesunkenen Boote
zu retten.

Wohlfühlbarkeit ist zwar nie hier.

Der König der Belgier hat am 24. Dezember
1917 (am Tage vor Weihnachten) an den Papst eine
Antwort auf dessen Botschaft über den Frieden vom
1. August 1917 gerichtet. In dem Schreiben stellt der
König folgende Kriegsziele Belgiens auf: billige Ge-
nugung und Sicherheit und Garantien für die Zu-
kunft, Unversehrtheit des mütterlichen Landes
(!) und kolonialen belgischen Gebiets und seines
politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses
ohne Bedingungen und Beschränkungen, Genug-
tuung für die erlittenen Schäden und Garantien gegen
eine Wiederholung des Angriffs von 1914.

Nun, inzwischen dürfte dem kleinen König Bern-
groß mit seiner zweideutigen Politik wohl klar ge-
worden sein, daß der Papst sich keineswegs ob solcher
unsätzlicher Forderungen nicht in Unkosten stürzen wird.

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Aufnahme, die die Rede des Reichskanz-
lers zur politischen und militärischen Lage im Haupt-
auschuß bei uns in der Presse gefunden hat, ist
naturgemäß auf den Parteien gestimmt. Hier einige
der wichtigsten Stimmen von rechts und links.

Die „Deutsche Tageszeitung“, unabhängig konser-
vativ, dem Bund der Landwirte nahegehend: „Wenn
der Kanzler erklärte, die Entente möge mit neuen
Vorschlägen kommen, wir warteten ab, so möchten wir
hoffen, daß darin eine wirklich strikte Ablehnung jedes
weiteren Friedensfühlers von deutscher Seite enthalten
sei; und aus der vorangegangenen Feststellung des
Grafen Hertling, unsere militärische Lage sei nie so
günstig gewesen wie augenblicklich, sollte man den wei-
teren Schluß ziehen können, daß wir diese militä-
rische Lage — die des Siegers! — zur maßgebenden
Grundlage unserer Haltung gegenüber einem etwa kom-
menden Friedensangebot der Entente machen werden.
Auf das positive Programm und auf den Willen,
unsere militärischen Siege beim Friedensschluß in poli-
tische Errungenschaften umzumünzen, kommt alles an.
Ein lares und lautes Wort darüber hat der Reichs-
kanzler gestern nicht gesprochen.“

Die „Germania“, das offizielle Organ der Zen-
trumspartei: „Die Reichsregierung kann nicht daran
denken und denkt tatsächlich nicht daran, eine Depes-
chepolitik nach alldemokratischen Rezepten zu machen. Das
leuchtet zwischen den Zeilen der deutschen Kanzler-

rede unverkennbar hindurch. Unsere Friedenspoli-
tik im Osten hat zwar noch keine Früchte zeitigen
können, dafür sind die Verhältnisse zu schwierig, aber
es liegt auch keine Veranlassung vor, von ihr abzu-
gehen. In dieser Auffassung steht der Reichstag in
seiner großen Mehrheit nach wie vor hinter unseren
leidenden Staatsmännern, wenn auch in unterschied-
lichen Nuancen. Es war nur ein Akt der Gerechtig-
keit gegenüber der Quertreiberpolitik der Annexion-
isten, wenn aus den Reihen der Mehrheit später
in der Aussprache dem Kanzler und Herrn von Kühl-
mann das volle Vertrauen zu ihrer Arbeit zum Aus-
druck gebracht wurde.“

Der „Vorwärts“, das Organ der offiziellen (alten)
Sozialdemokraten: „Wäre es nach ihr (d. i. die rechts-
stehende Presse. D. R.) gegangen, so hätte der Reichs-
kanzler auf jene Kundgebungen mit rhetorischen Haus-
schlägen antworten müssen. Das hat er nicht getan.
Er hat den Versuch gemacht, sich sachlich mit ihnen
auseinanderzusetzen, und er hat die Anerkennung, die
in der Haltung der Westmächte eingetreten ist, zum
guten Teil anerkannt. Hat er aber die richtigen Folge-
rungen daraus gezogen? Die Rede des Reichskanz-
lers hätte eine geradezu befreiende Tat werden können,
wenn sie klar zum Ausdruck gebracht hätte, daß
sich hinter den deutschen Friedenswünschen keine mach-
tpolitischen Hintergedanken verbergen. Das aber hat
sie nicht getan; sie war leider in einigen ihrer Teile
dazu geeignet, das Mißtrauen der Gegner in der
Aufrichtigkeit der deutschen Erklärungen zu verschär-
fen. Das gilt ganz besonders für die Parteien, die
von Polen und Belgien handeln.“

Das linksliberale „Berliner Tageblatt“ schreibt in
Anknüpfung an Stimmen aus der rechtsstehenden
Presse: „In „letzter Stunde“ wurde der Reichskanzler
vor einer Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge
eindringlich gewarnt. Man wollte nicht wissen —
aus einer solchen Diskussion — am Ende das
größte Malheur, der allgemeine Friede, entstehen. Graf
Hertling hat diese Warnungen nicht beachtet, er hat
das Friedensprogramm Wilsons in allen Einzelheiten
besprochen; die Diskussion ist da. Ob diese Diskussion
schon zum allgemeinen Frieden führen wird, ist freilich,
wie die häuslichen Anhänger der völligen Nieder-
werfung sich zum Troste sagen dürfen, einstweilen
noch sehr zweifelhaft.“

Auch Czernin redete.

Zu gleicher Zeit hat auch der oberste Leiter der
österreichischen auswärtigen Angelegenheiten, Graf
Czernin, eine Rede gehalten, worin er, im Sinne
früherer Ausführungen, aber noch bestimmter, betont:

„Die Basis, auf welcher Österreich-Ungarn mit
den verschiedenen, zueinanderstehenden russischen Reichen
verhandelt, ist die ohne Kompensationen und ohne
Annexionen. Ich erkläre hier nochmals, daß ich keinen
Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland ver-
lange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint,
sich auf den gleichen Standpunkt stellt, der Friede
zustande kommen muß.“

Diesenigen, die den Frieden um jeden Preis wol-
len, können Zweifel an der Ehrlichkeit meiner angriffs-
losen Absichten hegen, wenn ich ihnen nicht mit
der gleichen rücksichtslosen Offenheit ins Gesicht sagen
würde, daß ich mich niemals dazu hergeben würde,
einen Frieden zu schließen, welcher über den eben
Matteren wegmen hinaus... Wenn unsere russischen
Kompagnanten von uns eine Gebietsabtretung oder
eine Kriegsentzädigung verlangen würden, so würde
ich den Krieg fortsetzen trotz des Friedenswunsches,
den ich genau so gut habe wie Sie oder ich würde
zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durch-
bringen könnte.“

Zum weiteren Verlauf seiner Rede hob Graf Cze-
nin als die beiden größten Schwierigkeiten für die
Friedensverhandlungen m: Rußland hervor, daß
1. nicht mit Rußland allein, sondern weiter mit der
Ukraine, Estland und dem Kaukasus Frieden zu
schließen wäre und 2. die Auffassung des Selbst-
bestimmungsrechts der Völker verschiedener
artia wäre. Er vertrat den „berechtigten Stand-
punkt Deutschlands“, daß die bisherigen Willensäuße-
rungen der besetzten Gebiete als „provisorische“, später
zu überprüfende Basis für die Volksmeinung zu gel-
ten hätten, und erklärte weiter, die plötzliche Zurück-
ziehung der Truppen und Verwaltungsborgane würde
einen praktisch unhaltbaren Zustand schaffen. In beiden
Fragen handele es sich darum, einen Mittelweg zu
finden, der gefunden werden müsse.

Graf Czernin bezeichnete weiterhin die letzten
Vorschläge des Präsidenten Wilson als eine bedeutende
Annäherung an den österreichisch-ungarischen Stand-
punkt, obwohl Österreich-Ungarn den vorkriegsgerichten
Frieden seiner Bundesgenossen wie den eigenen ver-
teidigen würde und er Vorschläge, wie sich die Mon-
archie im Innern einzurichten habe, höflich, aber ent-
schieden ablehnte. Die vier ersten Punkte Wilsons be-

zeichnete er seinen Standpunkt oder als distinktionbar. Das Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro anbetreffend, so könne er nur wiederholen, daß er sich weigere, als Versicherung für feindliche Kriegsabenteuer zu dienen. Wenn Wilson alle seine Bundesgenossen veranlasste, ihrerseits die Bedingungen zu erklären, unter denen sie zu sprechen bereit wären, würde er sich das „unermessliche Verdienst“ der Herbeiführung der allgemeinen Friedensverhandlungen erworben haben.

v. Rühlmann über Brest-Litowsk.

Vor überfülltem Saale setzte der Hauptauschuß des Reichstages am Freitag seine Beratungen fort. Staatssekretär v. Rühlmann behandelte die Geschichte und die Grundzüge der in Brest-Litowsk geführten Politik. Es war nicht möglich, an der Politik, die von seinen Vorgängern eingeleitet war, vorüberzugehen. Der Redner schilderte hierauf im einzelnen die bekannten Vorgänge und kam dann auf die sehr unklare Position der russischen Machthaber zu sprechen. Die äußere Gleichgültigkeit des russischen Reiches täuschte nur den inneren Zusammenhalt vor. Jetzt begann es sich in Einzelrepubliken aufzulösen infolge nationaler Strengstrenge. Es kamen die revolutionär-sozialen Strömungen hinzu, die die einzelnen Gebiete vollends zersprengten. Man sieht nichts Festes. Der ganze Körper ist in Einarung und Zerschlagung. Neben den Bolschewiki traten Vertreter der ukrainischen Rada bei den Verhandlungen auf. Bessere hatten viel Sinn für praktische Arbeit. Zwischen uns und der Ukraine gibt es keine die Einigung gefährdende Differenzpunkte. Auch mit Finnland besteht Hoffnung, zum Frieden zu kommen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist keine so neue Erfindung, wie man meint. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, z. B. Nord-Schleswig. Ueber die Ausübung gibt es allerdings nicht einmal ein Gewohnheitsrecht. Im Anfang sind nur einzelne hochstehende Führer entscheidend, die große Masse folgt dann später nach. Die Landesvertretungen sind tatsächlich legitimiert, präsumtiv eine Entscheidung zu treffen. Eine konstituierende Versammlung auf breiter Basis ist einem Referendum vorzuziehen. An diesen Fragen werden jedoch die Verhandlungen nicht scheitern. Ein Separatfrieden inmitten eines gewaltigen Koalitionskrieges

bietet Schwierigkeiten, wie man sie früher nicht kannte. Im Westen tobt der Krieg, während wir im Osten verhandeln. Deshalb müssen sich militärische und politische Fragen und die Oberste Heeresleitung muß an den Verhandlungen beteiligt sein. General Hoffmann hat die Verhandlungen durch seine Kenntnis von Land und Leuten und seine sonstigen Eigenschaften in Brest-Litowsk in ausgezeichnete Weise gefördert. Unser Handelsverehr mit Finnland, mit dem wir in guten Beziehungen stehen, ist wichtig. An dem Ernst unseres Friedenswillens soll niemand zweifeln. Auf das rumänische Problem will ich nicht eingehen, aber nach dem Frieden mit der Ukraine wird auch Rumänien zum Frieden genötigt sein. Unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist der Empfänger unserer Politik. Wir stehen mit dem Grafen Czernin im Einverständnis.

Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest.

Die Aussprache im Hauptauschuß behandelt.

Der Hauptauschuß des Reichstages hat seine Verhandlungen über die Friedensfrage nach einer abschließenden Rede des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt v. Rühlmann beendet. Der Staatssekretär erklärte:

„Mit welchem Wunsch war ich wieder zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk, um weiter mit den Russen zu verhandeln.“

Die Frage: Was ist „Selbstbestimmung“? spielte in den Verhandlungen weiter eine entscheidende Rolle.

Abg. Dr. David (Soz.): Trotski will offenbar einen christlichen demokratischen Frieden, nur damit haben die Bolschewiki die Macht gewonnen. Die entgegenkommende Haltung der Mittelmächte vom 25. Dez. wurde in Petersburg mit Jubel aufgenommen. Die Erklärung vom 28. Dez. ist wie ein Donner Schlag dahinschwebend: jetzt triumphiert der Gegner der Bolschewiki. Für diese ist das Selbstbestimmungsrecht das grundlegende Prinzip, das sie nicht aufgeben können. Da müssen wir dafür sorgen, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht wirklich Ernst gemacht wird. In der neutralen Presse lesen wir scharfe Proteste Trotskis und Joffes gegen die Stellung Deutschlands in der Räumungsfrage und die Art der deutschen Berichterstattung über den Inhalt der Verhandlungen. Hoffnungslos liegt die Sache immerhin nicht, wenn man die letzte Entscheidung einem Volksvotum überlassen will. Der einzige Differenzpunkt ist die Räumung. Alle Einwände gegen sie fallen mit dem Friedensschluß und der Schaffung lokaler Mächte fort. Das Selbstbestimmungsrecht der Polen ist unbestreitbar. Das Ergebnis müssen wir abwarten, vermutlich kommen sie zur Selbstbestimmung. Die daran geknüpften Befürchtungen von Expansionsbestrebungen sind spekulativ. Auch eine Irredenta läßt sich durch eine vernünftige Polenpolitik beseitigen. Die Litauer haben sich für einen unabhängigen Staat bereits ganz ordnungsmäßig erklärt, dabei suchen sie aus guten Gründen Anschluß nach dem Westen. Der ausländische Rat ist dagegen keine wahre Volksvertretung, da die Ketten bisher ausgeschlossen sind.

Abg. Dr. Naumann (Sp.): Ueber Trotski urteilt der Vorredner zu günstig; er spielt sich als Urdemokrat auf, betätigt aber in Wirklichkeit sehr undemokratische Methoden. Der Ernst, mit dem der Begriff des Selbstbestimmungsrechts zu fassen ist, liegt bei Deutschland, diese Ueberzeugung müssen die Zentralmächte gewinnen. Die Abmachungen müssen bestimmte Fristen vorsehen. Dann haben wir das Recht, die besetzten Gebiete vor bolschewistischer Agitation zu schützen. Was wir in dieser Hinsicht hören, ist schlimm, sehr schlimm. Die Gerüchte, als ob Annexion beabsichtigt sei, müssen glatt und rund zurückgewiesen werden, das würde beim Scheitern der Verhandlungen ein gutes Gewissen geben. Wenn Czernin ein freiwillig kommendes

Wollen annehmen will, so ist das staatsmännisch gesprochen. Können wir nicht auch hinsichtlich der anderen Gebiete so sprechen? Wenn die Völker zu wählen haben zwischen dem chaotischen Rußland und dem geordneten Deutschland, so kann ihnen die Wahl nicht schwer werden. Die Gefahren der ausstehenden Lösung lassen sich beseitigen durch eine gute und weitsehbende Politik. — Subjektiv will Wilson den von ihm vorgeschlagenen Frieden, wenn man ruhig denkt, zweifellos ernstlich. Seine Rundgebung kommt dem Frieden entgegen. Natürlich kann für uns nur die absolute Integrität des deutschen Gebiets die Basis der Verhandlungen sein. Die Erklärungen hinsichtlich Belgien müssen positiv gefaßt werden, die Wünsche für die Völker können ruhig daneben bestehen. Aber um der Plamen willen darf vor Krieg nicht weitergehen. Das Echo der Rede des Reichskanzlers in der Presse zeigt klares Vertrauen. Wenn man, wie die Konservativen, alles auf die Karte des Sieges setzt, so hat das ganze Friedensgerede keinen Sinn, und die Regierung muß durch eine andere ersetzt werden. Wenn man dagegen den Gedanken der Verteidigung zur Grundlage nimmt, so hat man militärisch gestützt zu bleiben, muß aber die Arbeit der Diplomatie in den Vordergrund stellen und darf nicht überall anstoßen. Was heißt: freie Hand im Westen? Können wir im Osten demokratisch, im Westen aristokratisch-militärisch sein? So kann man keine Politik führen. Ein weiterer großer militärischer Erfolg zu Lande und zu Wasser ist möglich. Aber ist dann die Situation für einen allgemeinen Frieden günstiger? Entweder haben wir dann ein neues müdes Land, mit dem wir keinen Frieden schließen können, oder der Krieg geht weiter ohne Ende, aber zäh und ohne absehbares Ende. Mit jedem Kriegsjahr wird der Wiederaufbau auch unseres Staatswesens immer mehr gefährdet.

Rühlmanns Rückblick.

Staatssekretär v. Rühlmann nahm dann das Wort zu einer überblickenden Behandlung der in der Aussprache hervorgehobenen Einzelheiten von Bedeutung. Zunächst kam er gegenüber dem Abg. Grafen Westarp (Konf.) auf die Frage der Annexionen:

„Die ich ausführlich dargelegt habe, ist eine solche Stellungnahme für die gegenwärtige Reichsregierung nach ihren ganzen Grundgedanken, nach ihrer ganzen Vergangenheit von vornherein unmöglich. Der Weg, den wir beschritten, ist wohlbekannt, der einzige Weg, auf welchem vollkommen reiflos und harmonisch die gesamten Grundzüge der Regierung in Einklang zu bringen waren.“

Ueber das Verhältnis der Diplomatie zur obersten Heeresleitung sagte er gegenüber dem Abg. Freiherrn v. Camp (Rp.): „Ich lege Wert darauf, daß über die Gestaltung dieser Dinge im allgemeinen irgendwelche Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden haben, zu keiner Zeit, an die ich mich erinnere. Ich habe mir auch gestern erlaubt, auszuführen, daß der innige Zusammenhang, der bei der Fortdauer dieses Krieges zwischen der Friedensdelegation und der Obersten Heeresleitung unbedingt notwendig ist, wie ich glaube, durch die getroffenen Einrichtungen so vollkommen, als dies bei der Unvollkommenheit menschlicher Dinge überhaupt möglich ist, geschaffen worden ist.“

Der Staatssekretär streift dann das Verhalten der Trotski und Genossen:

Die Bolschewiki stützen sich einfach auf die brute force Macht, ihre Argumente sind Kanonen und Maschinengewehre. (Sehr richtig!) Sie predigen sehr schön, aber praktisch sieht es anders aus. Sie haben die finnische Volksrepublik feierlich anerkannt, sie haben die Freiheit dieser Volksrepublik, diplomatische Vertreter zu empfangen, niemals in Frage gestellt, aber wenn es auf die Praxis ankommt, Vertreter hinzuschicken, machen sie die größten Schwierigkeiten. Wenn ich auf das Verhalten der Herren Bolschewiki gegenüber der mit so großem Pomp angekündigten gescheiterten Versammlung verweisen darf, so war die hauptsächlichste Vorbereitungsmaßnahme, daß zwei Kreuzer sich vor das Zarsische Palais legten und ihre Kanonen mit scharfer Munition auf die Fenster dieses Palais richteten. Als dies Argument auch nicht durchschlagend genug war, wurden die Herren einfach mit Wafonetten nach Hause gelagt. (Hört, hört!) Ich bin noch nicht überzeugt, ob Herr Trotski selbst eine absolut sichere Linie schon gezogen hat, ich möchte nur darauf hinweisen, daß derartige Äußerungen doch immerhin die Möglichkeit erkennen lassen, daß bei diesen Herren noch eine andere Politik betrieben wird, als die des offenen und christlichen Friedensschlusses mit den nun einmal wie die Sünde und das Gift verhassten „Bourgeoisregierungen der Zentralmächte“.

Nach dem Staatssekretär v. Rühlmann sprachen außer dem Staatssekretär Dr. Wallraf, dessen Rede zur Massen-Streikfrage an anderer Stelle berichtet wird, noch mehrere Redner aus dem Hause.

Abg. Gasse (L. Soz.) erklärte, die Schuld an den Schwierigkeiten liege bei uns, weil wir am 27. Dezember zu annexionistischen Grundzügen abgeschwenkt seien und man in Rußland militärische Hintergedanken fürchtete.

Abg. v. Gräfe (Konf.): Die konservative und alldeutsche Presse hat so gut das Recht, an der Regierung Kritik zu üben, wie die übrigen. Wir legen nicht die Schuld der Uneinigkeit auf das Volk als solches, sondern auf die Fehrer, die das Volk aufheben. Man darf uns keinen Eroberungskrieg unterstellen, den wollen wir nicht, sondern es ist unsere besondere Auffassung von dem, was für unsere Verteidigung und Sicherheit erforderlich ist. Auch Fortschrittler haben früher vielfach die Notwendigkeit von Landwehr anerkannt.

Politische Rundschau.

Der Reichskanzler v. Papen. Im Reichstag verlas er, daß der Reichskanzler Herr v. Papen befreundete Abgeordnete benachrichtigt habe, daß er am Mittwoch nach Berlin zu kommen gedenke, um seine Amtsgeschäfte zu übernehmen.

Die Landtagsreform in Preußen ist nunmehr im Ausschuß des Preussischen Abgeordnetenhauses in Behandlung genommen. Die Verhandlungen werden wesentlich vielmals stattfinden. Die Verhandlungen vollziehen sich an der Hand zahlreicher Anträge von

den verschiedenen Parteien. Unter anderem liegt ein konservativer Antrag, den Namen des Herrenhauses in „Erste Kammer“ abzuändern, vor, und ein weiterer konservativer Antrag auf Einführung eines neuen § 1a, wonach der jeweilige Thronfolger von Preußen nach erreichter Volljährigkeit so ipso dem Herrenhaus angehören müsse, auch wenn der König ihn nicht besonders beruft.

Reichsschädigung für feiernde Arbeiter. Einer Nachrichtenstelle zufolge steht der Erlaß einer Bundesratsverordnung bevor, durch welche Reichsmittel bereitgestellt werden, aus denen unter bestimmten Voraussetzungen und unter Beteiligung des Arbeitgebers Entschädigungen an Arbeiter aus der Nahrungs- und Ernährungsindustrie gezahlt werden, die infolge eintretenden Rohlenmangels zum Feiern gezwungen sind.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Baunzen-Namenz erhielten von 18424 abgegebenen gültigen Stimmen Parteisekretär Abg. Sozialdemokrat aus Baunzen-Neustadt, 9861, und Rechtsanwalt Dr. Hermann aus Baunzen (Konf.) 8763 Stimmen; 102 Stimmen waren ungültig. Das Ergebnis vom Wahlbezirk Gollau mit 30 Wahlberechtigten steht noch aus. Abg. ist somit gewählt.

Der Wahlkreis war noch niemals sozialdemokratisch vertreten.

Bei der Hauptwahl waren abgegeben worden für Abg. (Soz.) 6416, Hermann (Konf.) 6957, Pudor (Rp.) 3325 Stimmen. Die Teilnahme an der Stichwahl war also außerordentlich groß.

Gegen Streikgefahr. Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (G. D.) hat in seiner Sitzung am 25. Januar eine Erklärung angenommen, in der es heißt: Durch Mitteilungen aus den Kreisen der Mitglieder und durch zum Teil anonyme Flugblätter ist dem Zentralrat zur Kenntnis gelangt, daß von unüberantwortlicher Seite versucht wird, die Arbeiter allgemein zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Wie aus den vorliegenden Flugblättern mit aller Deutlichkeit hervorgeht, handelt es sich dabei um eine Demonstration zur Erreichung politischer Ziele. Dabei wird die durch die Lebensmittelmangel hervorgerufene Erregung benutzt, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Eine allgemeine Streikbewegung würde aber nach Ansicht des Zentralrats nur eine Vermehrung der Schwierigkeiten zur Folge haben. Der Zentralrat verurteilt deshalb jene das Volkswohl schädigenden Bestrebungen auf das schärfste, warnt die Arbeiter und Arbeiterinnen eindringlich, sich an ihnen zu beteiligen und erwartet von ihnen, daß sie alle Anforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen, sowohl im vaterländischen wie auch im wohlverstandenen eigenen Interesse.

Mit dieser Angelegenheit hat sich der Hauptauschuß des Reichstages in seiner Sitzung noch beschäftigt. Der Staatssekretär des Innern, Wallraf, führte folgendes aus: „Der Herr Abg. Naumann hat ein Flugblatt erwähnt, das jetzt im Wortlaut mir vorliegt. Das Flugblatt klingt aus in den Ruf: Rüstet zum allgemeinen Massenstreik in den nächsten Tagen! Ich habe zu diesem Aufruf folgendes zu sagen:

Die verbündeten Regierungen sind sich der Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen bewußt. Die Ruhe, mit der ich dies ausspreche, soll dem Ernst und der Festigkeit des Willens keinen Zweifel lassen. Ich kann aber auch deshalb mit voller Ruhe sprechen, weil ich von unserer Arbeiterschaft, der ich in meiner früheren Tätigkeit jahrelang nahegestanden habe, eine viel zu hohe Meinung habe, als daß ich glaube, auch nur ein kleiner Teil unserer politisch und wirtschaftlich denkenden Arbeiterschaft könne einem solchen, nicht zu verantwortenden und von unüberantwortlicher Stelle ausgehenden Ruf zum Ausstand Folge leisten.“

Der Ausschuß des Reichstages hielt am Freitag nachmittag während einer Pause, die der Hauptauschuß hatte eintreten lassen, eine Sitzung ab, in der bereit wurde, die nächste Vollversammlung des Reichstages am 19. Februar stattfinden zu lassen. Die große politische Aussprache im Ausschuß soll am morgigen Sonnabend zu Ende geführt werden. Dann tritt eine Unterbrechung aus in den Verhandlungen des Hauptauschusses ein, jedoch soll der Ausschuß je nach Bedarf jederzeit zusammentreten können.

Gefangenen-Austausch. Donnerstag trafen aus England die ersten Deutschen, und zwar 400 schwerverwundete Soldaten und 980 Zivilgefangene über 45 Jahre, ein. Die Zivilgefangenen gehen nach Deutschland. — Weitere werden erwartet.

Der Hansabund ladet Direktorium und Gesamtauschuß zu einer Kriegstagung ein, in der über die allgemeinen wirtschaftlichen und Rechtsbestimmungen der Friedensverträge zur Verhinderung des Wirtschaftskrieges und zum Wiederaufbau der internationalen Verkehrsgemeinschaft sowie über das Kriegswucherrecht und die künftige Kanalwirtschaft Mittel-europas verhandelt werden soll.

Lokales und Provinzielles.

*S Geisenheim, 27. Jan. Die Kaisers-Geburts-tagefeier unserer alten Krieger und Veteranen, die am Sonntag nachmittag im Gasthaus zur Krone stattfand, nahm einen schönen Verlauf. Der 2. Vorsitzende, Herr Johann Bach, machte in einer Ansprache auf die Bedeutung des Tages aufmerksam. Seine Worte klangen in ein allseitig aufgenommenes Kaiserhoch aus. Von jetzt an soll allmonatlich mindestens eine Versammlung der Veteranen stattfinden, die dann im Anzeigenteil der Zeitung bekanntgegeben wird.

*S Geisenheim, 29. Jan. Bei den gestrigen Güterversteigerungen wurden folgende Grundstücke ausverkauft. Von Herrn E. Christ: 50 Ruten 76 Schuh Weinberg im Ries zu M. 26 an Herrn Fr. Kilian. 1 Morgen 12 Ruten und 72 Schuh Weinberg im Breibert zu M. 31,50 an Herrn Anton Faust hier und Joh. Auer in Johannisberg. 54 Ruten 12 Schuh Weinberg im Sand zu M. 73 an Herrn Chr. Ober. Von Herrn Heinrich Kilian: 60 Ruten 40 Schuh Weinberg in der Silberhang an Herrn Wilhelm Kirchner zu M. 18,50 und 30 Ruten 44 Schuh Weinberg im Fladenack an Herrn Leonh. Kreis zu M. 26. Alle Preise verstehen sich für die Meter-Rute.

Geisenheim, 29. Jan. Wir machen nochmals auf die heute Dienstag Abend im „Hotel zur Linde“ in Geisenheim stattfindende Generalversammlung des Kaufm. Vereins Mittel-Rheingau aufmerksam.

Geisenheim, 29. Jan. Wie bereits angekündigt wird Herr Bisfeldweber Geisler, Frankfurt am Main am Donnerstag den 31. Januar 1918, abends 8 Uhr im „Hotel Germania“ in Geisenheim über das Thema: „Meine Erlebnisse und Behandlung in französischer Gefangenschaft und meine Flucht“ sprechen. Herr Geisler welcher mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet wurde, wird in einem eingehenden Vortrag außer seinen eigenen Erlebnisse in französischer Gefangenschaft auf die inneren Zustände in Frankreich auf Grund eigener Erfahrungen, nicht zuletzt auch das Militär-Gewissen schildern. Da der Vortrag gut besucht werden dürfte empfiehlt es sich Eintrittskarten möglichst im voraus zu lösen. — Herr Geisler spricht über das gleiche Thema morgen Mittwoch in Wiesbaden.

Geisenheim, 28. Jan. Der Vortrag des Deutschen Flottenvereins am letzten Sonntag stand leider unter einem sehr ungünstigen Stern, denn durch die schlechten Zuganschlüsse konnte der Vortragende nicht rechtzeitig zur Stelle sein, so daß der eigentliche Vortrag erst mit einer Stunde Verspätung beginnen konnte. Um den erschienenen zahlreichen Zuhörern inzwischen eine Entschädigung zu bieten zeigte Herr Rektor Janßen eine sehr interessante Serie Ansichten im Lichtbildapparat von den Kriegsschauplätzen. Als dann der Vortragende inzwischen eingetroffen war, hielt er seinen, aber im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit sehr beschnittenen Vortrag, der sich besonders durch sehr schöne und farbenprächtige Lichtbilder auszeichnete.

Geisenheim, 28. Jan. Am letzten Sonntag fand im Gasthaus zum Stolper die Generalversammlung des Geflügel-, Kaninchen- und Vogelzucht-Vereins Mittel-Rheingau statt. Der langjährige verdienstvolle erste Vorsitzende des Vereins Herr Johann Engel legte sein Amt mit Begründung seines Alters nieder. Die Versammlung bedauerte den Rücktritt des Herrn Engel, sprach demselben den Dank des Vereins für seine große Mühewaltung aus und ernannte ihn in Anbetracht seiner um den Verein erworbenen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden. Zu seinem Nachfolger wurde Herr Josef Wollstadt gewählt.

Erbach, 23. Jan. Vor acht Tagen ist der Bahnhofsarbeiter Josef Volz so böse auf dem Bahnsteig auf den Hinterkopf gestürzt, daß der Mann bis jetzt das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hat. Am Aufkommen des Mannes wird gewiselt.

Vom Rhein, 28. Jan. Seitens des Ausschusses der sich mit der Regelung der Fahrwasserverhältnisse im Binger Loch beschäftigt, hat beschlossen für eine Tieferlegung des zweiten Fahrwassers um einen halben Meter einzutreten. Der Trennungsteil, soll in einer geraden Strecke verlegt werden, außerdem soll eine Erhöhung der Ufermauer auf der linken Seite des Stromes auf 5 Meter vorgenommen werden. So rechnet man damit eine so starke Aufstauung im Hauptfahrwasser zu erreichen, daß die Erschwerungen, die an der betreffenden schwierigen Stelle für den Rheinschiffsverkehr sich ergaben, zum großen Teil in Wegfall kommen.

Vom Mittelrhein, 29. Jan. Seit einigen Tagen haben wir morgens starken, dichten Nebel, der die auf dem Rhein liegenden Schiffe kaum erkennen läßt und stundenlang den Rhein zulegt, so daß die Schiffe nicht fahren können. Unter diesen Umständen fällt der Wasserstand sehr rasch, denn der Nebel verzehrt viel Wasser. Der Schleppverkehr stockt aber auch bei solchem Nebel und das ist wieder — im Interesse der Kohlenversorgung — nicht angenehm. Glücklicherweise war es in der letzten Zeit nicht mehr so kalt.

Aus dem Rheingau, 29. Jan. Pferdemonsterungen sind für den diesseitigen Kreis wie folgt angeordnet worden: 4. Februar, vorm. 8.30 Uhr, Niederwalluf (mit Oberwalluf). 4. Februar, vorm. 9.15 Uhr, Eltville (mit Kiedrich, Neudorf und Nauental). 4. Februar, vorm. 10.15 Uhr, Erbach. 4. Februar, vorm. 10.45 Uhr, Hattenheim, (mit Hallgarten am Bahnhof Hattenheim). 4. Februar, vorm. 11.30 Uhr, Oestrich, (mit Winkel und Mittelheim), Treffpunkt Oestrich-Winkel. 4. Februar, vorm. 12.15 Uhr, Geisenheim, (mit Johannisberg und Stephanshausen). 4. Februar, nachm. 1 Uhr, Rüdesheim, (mit Eibingen). 4. Februar, nachm. 2.40 Uhr, Rhmännshausen, (mit Aulhausen), Ausgang nach Rüdesheim. 5. Februar, vorm. 9.40 Uhr, Lorch, (mit Lorchhausen, Presberg, Eppenschied, Raafel und Wollmerschied).

Bingen, 25. Jan. Eine Händlerin und Bauersfrau aus Siebelsheim bei Alzey hat seit längerer Zeit schon einen Handel mit Schleckwaren und zwar Butter, Eier, Kalbfleisch, Weichkäse usw. betrieben. Diese Lebensmittel wurden von ihr in Bingen abgesetzt. Als nun die Frau dieser Tage wieder einmal dem von Alzey entfallenden Zuge entstieg, wurde sie von dem Gendarmerie-Wachmeister an der Bahn hier abgefaßt. Ihr ganzer Vorrat an Waren wurde beschlagnahmt. Sie hat die Lebensmittel nach eignen Angaben zu folgenden Preisen in Bingen verkauft Butter 12—19 Mk., das Pfund, Eier zu 1.00—1.20 Mk., das Stück, Kalbfleisch zu 5 Mk., das Pfund, Schweinefleisch, zu 6—7 Mk., das Pfund, Weichkäse zu 75—80 Pfg., das Pfund.

Bingerbrück, 26. Jan. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Rheinbaben hat die Ueberschwemmungsschäden auf der Strecke der unteren Nahe besichtigt. Unter Führung des Landrats v. Rasse wurden zunächst die in Münster entstandenen Schäden besichtigt, weiter ein Ueberblick über die verwüstete Fläche auf der Landstraße zwischen Sarmshausen und Laubenheim gehalten. Auch an der mittleren und oberen Nahe besichtigte der Oberpräsident die entstandenen Schäden.

Von der Nahe, 24. Jan. Die Wasserflut hat bei Monzingen furchtbaren Schaden angerichtet. Die Keller der Häuser in der Nähe der Bahn waren sämtlich bis oben voll Wasser, die Fabrik war gleichfalls überschwemmt, da der Horbach große Wassermassen brachte. So sind bedeutende Mengen Gelatine verdorben. Zwischen Eisenbahn und Nahe vom Rosfels bis Schiffsmühle bot die Flut ein trauriges Bild. Oberhalb der Nahe ist der Damm gebrochen und die Flut ergoß sich über den ganzen Bezirk. Das Land ist abgescchwemmt, Gräben, Löcher, Riss, und

Steinbänke an seiner Stelle. Das ganze Land des Besitzers der Nahe ist vernichtet. Gegenüber der Mühle wurde eine Leiche gelandet, die zweite am Orte. In beiden Fällen handelt es sich um Soldaten, Opfer des schweren Unglücks bei Hochfluten. Die Flur ist überlagert von Holz, Stämmen, Risten, Balken, Möbelen, und anderen Dingen.

Niederlahnstein, 27. Jan. Zu der kürzlich gebrachten Meldung von dem Angebot gewaltiger Mengen Lebensmittel zu ungeheuren Preisen der Lebensmittelstelle der Nassauischen Rheinstädte an Privatunternehmer nimmt jetzt die hiesige Verwaltungsstelle das Wort. Sie gibt bekannt, daß die in dem Angebot aufgeführten Gegenstände nicht in ihrem Besitz sind und waren und daß sie von dem Rundscheiben auch keinerlei Kenntnis besessen habe. „Ein am 1. Januar 1918 neu angestellter Geschäftsführer hat eingegangene Angebote im Uebereifer ohne Wissen des Vorstandes zusammengestellt und entgegen der bisherigen Gepflogenheit an Private gefandt.“ Derartige Angebote gingen der Gesellschaft häufig zu, wurden aber einfach beiseite gelegt. — Wie wir hören, ist der Geschäftsführer darob entlassen worden. — Die obige Erklärung der Gesellschaft ist aber insofern interessant, als sie die Wege des Schleichhandels, der selbst vor den Türen amtlicher Verkaufsstellen nicht Halt macht, in greller Beleuchtung zeigt. Daß die ungeheuren Warenmengen vorhanden waren, gibt die Verkaufsstelle rückhaltlos zu. Sie dürfte aber dies Angebot nicht „einfach beiseite legen“, sondern es zur Erfassung der Schleichhändler den zuständigen Behörden weitergeben. Dann wäre die Öffentlichkeit beruhigt gewesen.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 28. Jan. Abends. Amtlich. Zwischen der Biawe und der Brenta sind mit italienischen Regimenten heftige Kämpfe entbrannt.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues. TU Berlin, 28. Jan. Unsere U-Boote fügten dem Feinde wiederum einen Verlust von 18000 Bruttoregistertonnen Handelschiffraum zu. Drei große Dampfer wurden unter der irischen Küste versenkt, zwei von ihnen fuhren in einem durch Zerstörer stark gesicherten Geleitzug. Einer der Dampfer war der bewaffnete englische Dampfer „Watton“ (3048 Bruttoregistertonnen.)

Der Chef des Admiralsstabs der Marine. TU Berlin, 29. Jan. Wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist die Streikbewegung seit gestern gestiegen. Nach vorsichtigen amtlichen Schätzungen dürfte die Zahl der Streikenden gestern Abend 120000 betragen haben. Nach den Feststellungen der Streikleitung sind, wie der „Vorwärts“ meldet, nachmittags rund 250000 Streikende gezählt worden. Man rechnet bestimmt damit, daß von den Arbeitern der noch nicht an der Fählung beteiligten Nachtschicht etwa 50000 hinzukommen werden, sodaß sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300000 beläuft. Der Streik erstreckt sich auf fast alle Betriebe der Rüstungsindustrie sowie auf andere Branchen.

TU Berlin, 29. Jan. Die streikenden Arbeiter haben nach dem „Vorwärts“ u. a. folgende Forderungen aufgestellt: 1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentfälschungen. 2. Zusicherung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen. 3. Ausgiebige Nahrungsmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände. 4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. 5. Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben. 6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten sind sofort freizulassen. 7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland und Einführung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts.

TU Berlin, 26. Jan. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt: Abgeordnete aus Rheinland-Westfalen bestätigen, daß der Arbeiterschaft des westfälischen Industriegebietes eine wachsende Mißstimmung über den Gang der Wahlrechtsberatung sich bemächtigt. Im Interesse der Fortführung der Verg- und Hüttenproduktion hält man eine erhebliche Beschleunigung der Beratung daher für unerlässlich.

TU Kiel, 29. Jan. Sämtliche Werftarbeiter, auch diejenigen der Staatswerften haben gestern die Arbeit niedergelegt. Die Bäckereien werden seit Freitag militärisch und von bewaffneten Polizisten bewacht.

TU Hamburg, 29. Jan. Sämtliche Arbeiter der Vulkan-Werften haben gestern vormittag die Arbeit niedergelegt und begaben sich im geschlossenen Zuge durch die Hauptstraßen nach dem Gewerkschaftshause, wo sie eine ziemlich stürmisch verlaufene Versammlung abhielten. Zu Raststörungen ist es nicht gekommen.

TU Dresden, 29. Jan. In Sachsen herrscht nach allen bisher vorliegenden Nachrichten in der Arbeiterschaft vollkommene Ruhe. Nirgendwo hat man bisher von einem Versuch gehört, es den Berliner Unabhängigen gleich zu tun.

TU Genf, 29. Jan. Nach einer Matin-Meldung erhält die „New York World“ ein Telegramm aus Washington über die diplomatische Lage, in welchem erklärt wird, Oesterreich-Ungarn könne mit den Vereinigten Staaten durch die spanische Botschaft oder die schwedische Gesandtschaft in Wien verhandeln.

TU Haag, 29. Jan. „Daily Express“ meldet aus Petersburg: In der Bolschewiki-Partei ist eine Spaltung eingetreten. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß das völlig isolierte Ausland infolge seiner Schwachheit zu einem Sonderfrieden gezwungen ist. Die Minderheit der Partei, die sich hierin mit den Sozialrevolutionären vereinigt, ist bereit, Deutschlands Herausforderung anzunehmen und die Periode der revolutionären Verteidigung zu beginnen.

TU Genf, 29. Jan. Nach einer Matin-Meldung sind in Barcelona, über 300000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Alle Fabriken sind geschlossen, die Lebensmittelgeschäfte geplündert. Die telegraphischen Verbindungen mit der Stadt sind unterbrochen.

TU Genf, 29. Jan. Die „Daily News“ berichten, daß Lloyd George demnächst nach Einvernehmen mit den Alliierten sowohl die deutschen als auch die österreichisch-ungar-

ischen Auslassungen zu seiner wie zu Wilsons Rede beantworten werde.

Der „Avanti“ schreibt: Die italienischen Sozialisten sind entschlossen, auch ihrerseits, die Friedensreden der Staatsmänner der Mittelmächte zu erwiedern. Sie werden in der Kammer einen Antrag auf Einladung der Kriegführenden zu Friedensbesprechungen einbringen.

TU Stockholm, 29. Jan. Die Sozialrevolutionäre Partei scheint eine energische Agitation gegen die maximalistische Herrschaft und für den Zusammenritt der gefehlenden Versammlung aufgenommen zu haben. Ihre Sendlinge bearbeiten die Truppen der Petersburger Garnison, unter denen die Stimmung durch den Bürgerkrieg und die Möglichkeit des Scheiterns der Verhandlungen mit Deutschland ganz umgeschlagen sein soll. In verschiedenen Regimentern sollen Beschlüsse gefaßt worden sein, wonach sie bereit seien die gefehlende Versammlung gegen die Regierung zu unterstützen.

TU Lugano, 29. Jan. Die italienischen Tagesblätter bringen ausführliche Berichte über die großen Schäden der österreichischen Fliegerangriffe auf die venetianischen Städte Treviso und Mestre in der Nacht von Samstag auf Sonntag. Der Schaden in Treviso und Mestre sei außerordentlich groß. In Treviso wurden 14 Personen getötet und viele verwundet. Viel größer sei die Zahl der Opfer in Mestre.

TU Stockholm, 29. Jan. Aus Wladivostok melden russische Zeitungen, daß außer den japanischen nunmehr auch mehrere englische Schiffe eingelaufen seien. Unterwegs befanden sich noch amerikanischen Schiffe. Die Konsuln haben ihre Regierungen um Schutz gebeten.

Privattelegramm der „Geisenheimer Zeitung“

WTB Großes Hauptquartier, 29. Jan. Westlicher Kriegsschauplatz. An verschiedenen Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Front des deutschen Kronprinzen In der Champagne entwickelten sich örtliche Artilleriekämpfe.

Beiderseits der Straße St. Hilaire bis Souplet scheiterten am Morgen kleinere französische Angriffsunternehmungen.

Unsere Stellungen zwischen Somme py bis Ripont nach Südwesten führende Straßen lagen am frühen Nachmittag unter heftigsten feindlichen Feuer. Unter heftigem Schutz stieß französische Infanterie mit Flammenwerfern gegen unsere Stellungen vor.

Mit schweren Verlusten wurden sie zum Teil vor unseren Hindernissen, zum Teil im Nahkampfe zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand. Mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet.

Kege Fliegertätigkeit führte zu zahlreichen Luftkämpfen.

Wir schossen zusammen 13 Flugzeuge und einen Fesselballon ab.

London und Shermes wurden erfolgreich mit Bomben beworfen.

Französische Flugzeuge setzten ihre Angriffe gegen unsere Lazarette fort. Während im Monat Dezember das Lazarett von Kethel mehrere Male von ihnen mit Bomben beworfen wurde, griffen sie in den letzten Tagen die Lazarette von Kobry ostlich Conflans an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Siebengemeinden sind von Neuem heftigste Kämpfe entbrannt.

Die Italiener griffen gestern in den Abschnitten östlich von Asiago bis zur Brenta mit starken Kräften an.

Am Monte Sisomol begannen ihre Angriffe gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen nach schwerem Feuer.

Der Mte. De Sal Abella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entziffen.

Ebenso warfen unsere Verbündeten die im Gebiete des Col di Rosso sowie zwischen Frenzela-Schlucht an der Brenta anstürmenden Feinde nach schweren Kämpfen zurück.

Wiederholte Versuche des Feindes örtliche Einbruchsstellen durch Einsatz seiner Reserven zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten.

10 Offiziere und 350 Mann wurden gefangen.

Eins unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26. auf 27. Januar mit guter Wirkung 21000 Kg. Bomben auf Castell Franze, Treviso und Mestre ab. Große Brände wurden verschiedentlich beobachtet.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister Ludendorff.

Aus aller Welt.

Chelon-Verwüstung. Die Londoner „Times“ erzählt aus Sydney, der Hauptstadt des südöstlichen australischen Bundesstaates New-South-Wales, daß die Küste von Queensland in der Nähe der Stadt Mackay infolge eines Chelons überflutet ist. Die Stadt ist verwüstet. Hunderte von Personen sind obdachlos, 20 ertrunken.

Ein fetter Fang gelang dem Vorsteher des Bahnhofes Annen-Süd. Er entdeckte in einem Zuge einen Wagen, dem zwei Begleiter beigegeben waren, und zwar ein Feldwebel (!) und eine Zivilperson. Er sollte Günder enthalten. Da beide Begleiter ohne Ausweispapiere waren, wurde der Wagen geöffnet. Dabei kamen dem Vorsteher gleich einige Hunder in Gestalt von frischen Speckseiten entgegengeflohen. Es wurden dann gezählt: 100 Zentner Erbsen, 20 Zentner Mehl, 20 Zentner Fleischwaren und 50 Zentner grüne Bohnen. Abfender war die Deutsche Maschinenfabrik in Duisburg und Empfängerin die Maschinenfabrik in Wetter. Vermutlich sind die Sachen per Schiff aus Holland nach Duisburg eingeschmuggelt. Auf den Anschlaggleisen der großen Werke ist es dann sehr leicht gemacht, solche Gegenstände heimlich zu verfrachten und ebenso auf dem Anschlag der Empfängerin zu entladen. „So machen es alle großen Werke und die Allgemeinheit erwartet dringend Abhilfe.“

Vergewaltigung: 79 vermißt. Infolge der furchtbaren Explosion in dem Acadia-Kohlenbergwerk in Stellarton (Kanada) werden 79 Mann vermißt. Es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

Weil sie nicht zur Bühne gehen konnte. Die siebzehnjährige Helene Goldschmidt, Tochter eines Pferdehändlers, verübte Selbstmord, indem sie sich von einem Zuge überfahren ließ. Aus Briefen an die Eltern geht hervor, daß sie die Tat beging, weil die vielversprechenden Eltern ihr hartnäckig versagten, Schauspielerin werden zu dürfen.

Mindererwerb im Winter. Im pommerischen Dorfe Baumgarten hat eine Arbeiterfrau, deren Mann seit länger als einem Jahre vermißt wird, ihr neugeborenes Kind ums Leben gebracht, indem sie es erfröhen ließ und alsdann im Ofen verbrannte.

Gläubige Kommunalwirtschaft. Der in Schwarzenberg (Sa.) errichtete städtische Gemüsegarten hat so hohe Einnahme gebracht, daß die Kosten für die Anlage in Höhe von 10 000 M. wie die Arbeitslöhne zum größten Teil gedeckt werden konnten. Dabei hatte die Bevölkerung die dauernde günstige Gelegenheit, sich zu billigen Preisen mit frischem Gemüse versorgen zu können. — Nicht überall haben die Gemeinden eine so glückliche Hand bei der eigenen Unternehmung gehabt.

Brennender Schnellzug. Durch die Explosion der Benzinflasche eines Reisenden geriet ein Wagen des Berliner Morgenschnellzuges bei Schleienheim bei München in Brand, wodurch ungefähr 40 Reisende mehr oder minder schwer verletzt wurden. Zwei schwerverletzte Frauen sind an der Unfallstelle gestorben. Die genaue Anzahl der Verletzten und Toten ist bis jetzt

noch nicht festgestellt. Von München gingen zwei Dampfsüge an die Unfallstelle ab.

Bergsteiger an der Porta. Infolge des starken Frostes und der plötzlich einsetzenden Schneeschmelze lösten sich am Jakobberg oberhalb des Steinbruchs große Erdmassen und die darunterliegenden Felsblöcke, die mit donnerähnlichem Krachen in die Tiefe stürzten. Es sind mehrere Eisenbahnzüge zerstört, die fortgeschafft werden müssen.

Durch eine Handgranate getötet wurde in Baden der beim Militär befindliche 20 Jahre alte Sohn des Gärtners Spieler. Er kam zufällig dazu, als in der Nähe seiner elterlichen Wohnung ein 17-jähriger Burke mit einer Handgranate spielte. Das Geschoss traf ihn und verletzte Spieler tödlich.

Der Opfer des „weißen Todes“. Als der vom Felde beurlaubte Johann Koppbichler in Freital (Sachsen) mit einem Kameraden ins Gebirge auf die Jagd ging, traten sie eine Lawine los. Koppbichler stürzte in die Tiefe und blieb tot. — In St. Peter betrat der 55 Jahre alte Karl Nauchendörfer beim Heuholen im Gebirge eine Schneewand, die sich sofort löste und mit ihm circa 70 Meter tief zu Tal fiel. Auch er konnte nur mehr als Leiche geborgen werden. Nur gleiche Weise fanden in Hopfgarten der Unterhauferjohn und in St. Peter ein Familienvater einen traurigen Tod.

Schlechtes Schmuggelergeschäft. Auf den Schmuggelhandel hat das stetige Steigen des Marktwertes in Holland geradezu verheerend gewirkt. Die Preise sind zum Teil auf die Hälfte heruntergegangen. Die Großschmuggler, die den Schmuggel gewerbmäßig betreiben und zum Teil über ganze Lager aufgeschapelter Auslandswaren verfügen, können jetzt zusehen, wie ihre teuer eingekauften Waren los werden. Für Kalao zahlt niemand mehr 33 M. das Pfund, für Kaffee 28, Speck 16 M. Eine weitere Folge der Verdrängung des Marktwertes ist, daß die holländischen Grenzorte voll von Schmugglerware liegen, die keine Abnehmer finden.

Gerichtssaal.

Foller Weichschmelzer. Der Mühlenbesitzer Beder in Thale hatte in seiner Mühle Heidekraut und ähnliche Pflanzen zu einem Erzeugnis verarbeitet, das ursprünglich als Futtermittel gedacht war, aber schließlich als Suppenmehl verkauft wurde. 45 Mark hat Beder für den Zentner seines Gemisches genommen. Sein Abnehmer, Gastwirt Dingelstedt in Hamburg, hat es dann für 145 M. an den Kaufmann Beder in Hannover weiterverkauft und hat es für 185 M. einem Hamburger Kaufmann als Suppenmehl angeboten. Der Wert deszeuges betrug in Wirklichkeit 10 M. Das Gericht in Halberstadt verurteilte Beder zu 5 Monaten Gefängnis und 6800 M. Geldstrafe und Beder zu 3 Monaten Gefängnis und 35 000 Mark Geldstrafe.

Englands Schicksalsstunde und Europas Zukunft.

Dr. Ein Entente-Diplomat in Schweden — es blieb unklar, ob es der italienische Gesandte Tomassini ist — der in „Svenska Dagbladet“

nach der Jangtsekiangkatastrophe drei aufsehenerregende Artikel über die ungünstige weltpolitische Lage der Entente veröffentlichte, setzt seine politischen Betrachtungen fort. In einem Aufsatz in demselben Blatt heißt es: „Die Weltmeere gehören England. Dieser stolze Satz, der noch vor einigen Monaten eine Realität hatte, die, wenn man von dem kleinen deutschen Sperrgebiet absteht, kaum jemand bestreiten konnte, wankt in einer Weise, die kaum die englische Pressezensur dem englischen Volk wirklich verbergen kann. Wenn einmal die ganze Wahrheit in England klar zutage tritt, wenn einmal der Handelskampf seine Wirkungen geltend zu machen beginnt, dann wird das Volk Englands von den Führern Nechenschaft fordern, deren Politik England in diese furchtbare Lage gebracht hat. Ein Außenstehender kann sich die Stellung der englischen Regierung nicht anders erklären als dadurch, daß die leitenden Männer Englands die englische Politik so eng an die Vereinigten Staaten angeschlossen haben, daß die angelsächsische Hegemonie an Amerika übergeht. Der Haß gegen Deutschland würde also so weit gehen, daß England sich freiwillig in die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten begäbe. Wenn man außerdem bedenkt, welchen Einfluß der Krieg auf die Entwicklung der japanischen Machtstellung gehabt hat, so muß man voller Furcht der Zukunft für Europa als Ganzes entgegensehen, falls diese Richtlinien der englischen Politik fortgesetzt werden sollten. Die Schicksalsstunde Englands wird zur Schicksalsstunde Europas. Dem Haß gegen Deutschland wird Europas zukünftige Machtstellung in einer Weise geopfert, die viele der warmsten Bewunderer Englands mit bitterer Enttäuschung erfüllt. Noch sind nicht alle Möglichkeiten verpackt, um die alte Welt aus der schicksalschweren Lage zu retten, in die sie geraten ist. Daß die Rolle der europäischen Staaten als allgemeine Warenvermittler und Rohwarenerwerber in außerordentlichem Grade durch den Krieg leiden wird, ist nicht mehr zu verhindern möglich. Die Machtstellung, die Englands Politik den Vereinigten Staaten und besonders Japan eingeräumt hat, kann ohne gewaltsame Mittel nicht reduziert werden, und erst nachdem durch außerordentliche Anstrengungen der Teil der Kriegsschuldenlast abgemindert worden ist, der jetzt die wichtigsten Staaten Europas beschwert, kann man sich vorstellen, daß eine geschickte geleitete, gemeiname europäische Handelspolitik einigermassen einen Teil dessen wiederherstellen kann, was Europa durch den Krieg verloren hat. Wenn nicht die nächsten Tage ein Ende des Krieges bringen, wird die Abhängigkeit Englands, das Festland Europas seinen Mitinteressenten an der Welt Herrschaft auszuliefern, für jeden offenbar werden. Die Verdrängung ist so groß, daß es leider keine Hoffnung gibt, daß ein einiges europäisches Festland sich dagegen zu wehren wissen wird.“

Man möchte wünschen, daß dieser italienische Diplomat, der die englische Gefahr für Europa so klar erkannt hat, wenigstens bei seinem Volke einen stärkeren Einfluß durchsetzt, als er ihn bisher ansetzend gehabt hat. England ist in der Tat nicht nur der Feind Deutschlands, sondern der Feind der ganzen übrigen Welt, über die es die Herrschaft anstrebt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 1 der Pferdeaushebungsordnung vom 1. Mai 1902 findet die diesjährige Vormusterung der Pferde statt: den 4. Februar, Mittags 12^{1/4} Uhr für die Orte Geisenheim, Johannisberg und Stephanshausen auf dem Marktplatz zu Geisenheim.

Jeder Pferdebesitzer ist verpflichtet, seine sämtlichen Pferde zur Musterung zu stellen mit Ausnahme:

- a) der unter 4 Jahre alten Pferde,
- b) der Flegel,
- c) der Stuten, die entweder hochtragend sind (d. h. deren Abfohlen innerhalb der nächsten 4 Wochen zu erwarten ist), oder noch nicht länger als 14 Tagen abgefohlt haben,
- d) der Vollblutstuten, die im allgemeinen deutschen Gestütbuch oder den hierzu gehörigen offiziellen vom Unionklub geführten Listen eingetragen und von einem Vollbluthengst laut Deckchein belegt sind, auf Antrag des Besitzers,
- e) der Pferde, welche auf beiden Augen blind sind,
- f) der Pferde, welche in Bergwerken dauernd unter Tage arbeiten,
- g) der Pferde, welche wegen Erkrankung nicht marschfähig sind oder wegen Ansteckungsgefahr den Stall nicht verlassen dürfen,
- h) der Pferde, welche bei einer früheren in der betr. Ortschaft abgehaltenen Musterung als dauernd kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind,
- i) der Pferde unter 1.50 Bandmaß. (Die Größe der Pferde ist durch Messen vom Widerrist bis Fußsohle des rechten Vorderfußes festzustellen.)

Außerdem kann unter besonderen Umständen Befreiung von der Vorführung eintreten. Diesbezügliche Anträge sind frühzeitig bei mir zu stellen.

Von der Verpflichtung zur Vorführung ihrer Pferde sind ausgenommen:

- k) Beamte im Reichs- oder Staatsdienste hinsichtlich der zum Dienstgebrauch, Ärzte und Tierärzte hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufes an dem Tage der Musterung unbedingt notwendigen eigenen Pferde,

1) die Posthalter hinsichtlich derjenigen Pferdezahl, welche von ihnen zur Beförderung der Posten kontraktmäßig gehalten werden muß.

An die Pferdebesitzer ergeht hiermit die Aufforderung, ihre Pferde zu dem angegebenen Termine zur Vormusterung pünktlich zu stellen. Pferdebesitzer, welche ihre gestellungspflichtigen Pferde nicht rechtzeitig oder vollständig vorführen, haben außer der gesetzlichen Strafe zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten eine zwangsweise Herbeischaffung der nicht gestellten Pferde vorgenommen wird. Geisenheim, 29. Jan. 1918.

Der Bürgermeister: J. B. Kremer, Beigeordneter

Bekanntmachung.

Von Samstag, den 2. Februar an, kommen in den Kolonialwarenhandlungen

Gries, Grütze u. fertige Suppen

zum Verkauf. Auf die Person entfallen:

75 Gramm Gries zum Preise von 5 Pfg.
120 „ Grütze „ 9 „
70 „ fertige Suppen „ 12 „

Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsschnittes Nr. 6 hat am 30. und 31. ds. Mts. zu erfolgen. Spätere Anmeldungen werden der Zuteilung wegen nicht mehr berücksichtigt.

Familien mit durchstreichenen Lebensmittelkarten (Selbstverräter) werden bei dieser Zuteilung nicht berücksichtigt.

Geisenheim, den 29. Jan. 1918.

Der Beigeordnete: Kremer.

Bekanntmachung.

Die Karten zum Bezüge von Petroleum können Morgen, vormittags von 9—12 Uhr auf hiesiger Bürgermeisterei in Empfang genommen werden.

Geisenheim, den 29. Januar 1918.

Der Magistrat: Kremer Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Morgen Mittwoch nachmittag von 2—5 Uhr kommt in dem Fischer'schen Zuwesen an der Landstraße 50% Kalz zum Preise von M. 12 der Zentner zum Verkauf. Bezugsscheine sind morgen Vormittag an der Stadtkasse in Empfang zu nehmen.

Geisenheim, 29. Januar 1918.

Der Beigeordnete: Kremer.

Bekanntmachung.

Im Laufe dieser und nächster Woche

Gasgelderhebung.

Es wird gebeten Geld bereit zu halten.

Geisenheim, den 29. Jan. 1918

Die Stadtkasse. Wilhelm v.

Hofmann

zur Bebauung des Frühmehrschneidens, ganz oder geteilt gesucht. Meldungen an

Kirchenrechner Daniel Geisenheim.

Arbeiter und Arbeiterinnen

nimmt ständig an Chemische Fabrik, Winkel.

Besuchskarten: Buchdruckerei Lander

Statt jeder besonderen Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen guten unvergesslichen Vater

Herrn Georg Altenkirch

unerwartet im 67. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet

Johann Altenkirch.

Geisenheim, den 29. Januar 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittags 4 Uhr, das Requienamt am Domers-tag Morgen 7^{1/2} Uhr statt.

Alle Sorten Gemüse

Blumenkohl, Schwarzwurzel, Wirsing, Weißkraut, Krautkohl, Endivien, u. Feldsalat, Grünes, Merrettig, Gelberüben, gelbe u. weiße Erdhohltrabi. Eingemachte Rüben p. p.

Als Obst:

Ess- u. Kochpfeffer
Tafel-Genf, Orena-Extrakt

Gregor Dillmann

Marktstraße.

„Die Tabackpflanze“
Anbau u. Verarb. v. Rauchtab. Leichtes Anleitg. f. d. Laien. Br. 70 Pfg.
Weller, Röhrath, Weg. 63/1

Prima Flaschenbier in und außer dem Hause Hotel zur Linde.

Pfähle

Weinbergs Stichel 1.50, 1.75 und 2 Meter lang. Große Auswahl in spanische und imprägnierte Baumstämme; dicke imprägnierte u. spanische Pfähle

Gregor Dillmann.

Bei allen Einkäufen

nehme man Bezug auf die in dies. Zeitung sich empfehlenden Geschäfte.